



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne Kontrolle schwindet die Verantwortung – Klimabericht verteidigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die Pläne der Staatsregierung zur Abschaffung des Klimaberichts nach Art. 9 und der Klimaziele nach Art. 2 Bayerisches Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) entschieden ab.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihrer Verantwortung zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen vollumfänglich nachzukommen und

- den Klimaschutzbericht 2024 unverzüglich vorzulegen,
- die im Klimabericht 2023 angekündigte wissenschaftliche und unabhängige Evaluierung des Bayerischen Klimaschutzprogramms offenzulegen,
- zur Erreichung der Klimaziele umgehend zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen nach Art. 2 Abs. 1 Satz 2 BayKlimaG umzusetzen.

Begründung:

Kinder ächzen in überhitzten Klassenräumen, Planschbecken zur Abkühlung müssen mancherorts wegen Wassermangel verboten werden, alte und kranke Menschen sterben an hitzebedingten Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Klimakrise ist zum traurigen Alltag in Bayern geworden. Gleichzeitig entzieht sich die Staatsregierung mehr und mehr Ihrer Verantwortung, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns vor Hitze, Hochwasser und Dürre zu schützen. Statt die selbst gesteckten Klimaziele zu schleifen, muss die Staatsregierung ein klares Bekenntnis zu einem klimaneutralen Bayern bis 2040 abgeben.

Die geplante Abschaffung des Klimaberichts entzieht dem Parlament die Möglichkeit zur Kontrolle der Klimapolitik der Staatsregierung. Sie beendet die Rechenschaftspflicht über das Fortschreiten – oder Versagen – bei der Umsetzung zentraler Klimaziele. Der Rückzug auf statistische Daten und eine Berichterstattung nach eigenem Ermessen ersetzt keine politische Verantwortung. Bayern braucht keine Entpolitisierung der Klimabilanz, sondern eine ehrliche, überprüfbare und wissenschaftlich fundierte Klimapolitik.

Die technischen, gesellschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten, unser Land auf den 1,5-Grad-Kurs zu bringen, sind längst vorhanden. Jetzt ist es an der Staatsregierung, Verantwortung zu übernehmen. Der im Klimaschutzgesetz verankerte Koordinierungsstab darf in diesem Sinne nicht weiter untätig bleiben und muss dem Ministerrat unverzüglich die gesetzlich vorgeschriebenen zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen vorlegen.